

Frankreich Jahrbuch

Deutsch-Französisches  
Institut *Hrsg.*

RESEARCH

# Frankreich Jahrbuch 2014

Zivilgesellschaft in Frankreich,  
Deutschland und Europa

dfi



Springer VS

---

# Frankreich Jahrbuch

**Herausgeber:**

Deutsch-Französisches Institut

in Verbindung mit

Frank Baasner

Vincent Hofmann-Martinot

Dietmar Hüser

Ingo Kolboom

Peter Kuon

Stefan Seidendorf

Ruthard Stäblein

Henrik Uterwedde

**Redaktion:**

Stefan Seidendorf

---

Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.)

# Frankreich Jahrbuch 2014

Zivilgesellschaft in Frankreich,  
Deutschland und Europa

*Herausgeber*  
Deutsch-Französisches Institut  
Ludwigsburg, Deutschland

Frankreich Jahrbuch  
ISBN 978-3-658-09843-8                      ISBN 978-3-658-09844-5 (eBook)  
DOI 10.1007/978-3-658-09844-5

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2015

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media ([www.springer.com](http://www.springer.com))

# Inhalt

Vorwort..... 7

## **Themenschwerpunkt**

### **Zivilgesellschaft in Frankreich, Deutschland und Europa**

*Stefan Seidendorf*

Zivilgesellschaft in Frankreich, Deutschland und Europa ..... 11

*Jay Rowell*

Eine kritische Diskussion der Schlüsselkonzepte:

Zivilgesellschaft, Partizipation und Demokratie..... 17

*Sonja Zmerli*

Sozialkapital und politisches Engagement im

deutsch-französischen Vergleich..... 31

*Christine Quittkat*

Europäische Interessenvermittlung französischer Wirtschaftsverbände:

Ein französisch-deutscher Vergleich..... 55

*Patrick Hassenteufel, Louise Lartigot-Hervier*

Sozialversicherungssysteme im Vergleich: Die Entwicklung

der Rolle nicht-staatlicher Akteure in Deutschland und Frankreich..... 77

*Selma Mahfouz*

„Welches Frankreich in zehn Jahren?“

Ein Bericht mit interessantem methodischem Ansatz ..... 95

*Hans Herth*

Die deutsch-französische Freundschaft digital gestalten:

Französischen und deutschen Bürgern zum direkten Kontakt verhelfen..... 103

## **Beiträge**

*Henrik Uterwedde*

Unbequeme Partner, ungewisse Zukunft?

Deutschland, Frankreich und Europa..... 111

*Henriette Müller*

Zwischen Potenzial und Performanz: Eine (Neu-)Bewertung der politischen Führung des EU-Kommissionspräsidenten .....	123
---	-----

## **Rezensionen**

*Stefan Seidendorf*

Die V. Republik, viel mehr als ein semi-präsidentielles System: Eine Zwischenbilanz zu 55 Jahren V. Republik .....	149
--	-----

*Friederike Ridegh*

Die „deutsche Frage“ angesichts der „Berliner Republik“: Deutschland auf dem Weg zu einer „normalisierten Nation“? .....	153
--	-----

*Frank Baasner*

Überlegungen zum Begriff „Le Franco-Allemand“ anlässlich einer Neuerscheinung im Kontext des 50. Jahrestages des Élysée Vertrags ..	157
---	-----

## **Dokumentation**

Chronik Oktober 2013 – September 2014 .....	169
Sozioökonomische Basisdaten im internationalen Vergleich .....	192
Gesellschaftliche Basisdaten Frankreichs .....	193
Zusammensetzung der Regierung Ayrault III .....	194
Zusammensetzung der Regierung Valls I .....	197
Zusammensetzung der Regierung Valls II .....	200
Ergebnisse der Europawahl 2014 in Frankreich .....	203
Ergebnisse der Kommunalwahlen 2014 .....	204
Deutschsprachige Literatur zu Frankreich .....	207
Abkürzungen .....	239
Personenregister .....	243
Zu den Autoren .....	245

## Vorwort

Das Schwerpunktthema des diesjährigen Frankreich-Jahrbuches widmet sich der Zivilgesellschaft in Frankreich, Deutschland und Europa. Dabei soll es gerade nicht um eine Selbstbespiegelung „der“ deutsch-französischen Zivilgesellschaft gehen, sondern vielmehr das Thema und das Feld problematisiert werden. Die verschiedenen Forschungsbeiträge widmen sich dieser Aufgabe aus normativer und konzeptioneller sowie aus empirischer Perspektive. Ergänzt wird der Schwerpunktteil um die Beiträge von Praktikern, die versuchen, die neuartigen Instrumente zivilgesellschaftlicher Partizipation zu nutzen.

Neben den Beiträgen zum Schwerpunktthema veröffentlichen wir den Abschiedsvortrag des langjährigen stellvertretenden Direktors des dfi, Henrik Uterwedde: „Unbequeme Partner, ungewisse Zukunft? Deutschland, Frankreich und Europa“. Der Autor blickt auf vierzig Jahre Beschäftigung mit den deutsch-französischen Beziehungen zurück und erörtert dabei Gedanken von bestechender Aktualität. Außerdem veröffentlichen wir einen Beitrag aus dem neuen Stipendienprogramm des dfi für junge Forscherinnen und Forscher, denen ein Studienaufenthalt am Institut die Möglichkeit bietet, Qualifikationsarbeiten abzuschließen und die Ressourcen und Netzwerke des dfi zu nutzen. Henriette Müller untersucht die politische Führungsstärke des letzten EU-Kommissionspräsidenten und orientiert sich dabei an der Debatte über Politisierung, Konstitutionalisierung und das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit.

Neben drei Buchbesprechungen findet sich wie immer ein Handbucheil am Ende des Bandes. Dieser enthält die Chronologie der wichtigen Ereignisse in Frankreich 2013-2014, den Überblick über gesellschaftliche und wirtschaftliche Basisdaten Frankreichs sowie über die Zusammensetzung der Regierung vor und nach der Regierungsumbildung. Schließlich bietet die von der Frankreichbibliothek des dfi erstellte Bibliographie der deutschsprachigen Neuerscheinungen zu Frankreich und den deutsch-französischen Beziehungen 2013-2014 einen systematischen und schnellen Überblick über die verschiedensten im letzten Jahr erschienen Veröffentlichungen mit Bezug zu Frankreich.

Die Herausgeber

**Themenschwerpunkt**

**Zivilgesellschaft in Frankreich, Deutschland  
und Europa**



# Zivilgesellschaft in Frankreich, Deutschland und Europa

*Stefan Seidendorf*

Zum 30. Jubiläum des Frankreichjahrbuchs behandeln wir ein Thema, dem in den deutsch-französischen Beziehungen traditionell ein besonderer Stellenwert zukommt, der Rolle der Zivilgesellschaft (Bock 1998). Schon sehr früh, in der direkten Nachkriegsphase, wurde diese „neue Art“ der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur aktiv gefördert (durch die französische Militärverwaltung, Bock 2003:13, Zauner 1994), sondern auch programmatisch definiert und normativ überhöht (Rovan 1945). Die gegenseitige Unkenntnis und die Beschränkung der Beziehungen auf die Begegnungen der offiziellen Repräsentanten (Regierungen, Diplomaten) sollte so überwunden werden. Das Ziel war, über die Einbindung und Organisation zivilgesellschaftlicher Akteure und Strukturen in die bilateralen Beziehungen, die Interessen dieser Akteure zu bündeln und in den politischen Prozess einzuspeisen – ganz ähnlich dem Zusammenhang im Rahmen funktionierender nationalstaatlicher Demokratien, in denen über das Parlament und die Regierung, die Verwaltung und die gesetzlich anerkannten (oder sogar vorgeschriebenen) Interessenvertretungen die Möglichkeit besteht, gesellschaftliche Interessen gebündelt in den politischen Prozess einzuspeisen und gleichzeitig die handelnden Politiker (anlässlich von Wahlen) für die Bedienung dieser Interessen in Verantwortung zu nehmen.

Einen vergleichbaren Gedanken verfolgten die Pioniere des europäischen Integrationsprozesses. Jean Monnet und seine Mitarbeiter waren überzeugt davon, dass die länderübergreifende funktionale Verknüpfung gleichgerichteter oder ähnlicher Interessen (bspw. Stahlarbeiter, Arbeitgeber der Transportindustrie, Landwirte...) dazu führen würde, dass diese gesellschaftlichen Gruppen schon bald nicht mehr in „nationalen“ sondern in „funktionalen“ Kategorien denken und handeln würden. Der erste Schritt in diese Richtung war 1952 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die diese beiden Industriezweige unter einem gemeinsamen europäischen Dach zusammenführte. Die Erwartung der Funktionalisten (Mitrany 1966 [1943]) war dabei, dass es über kurz oder lang zu einem „spillover-Effekt“ (Haas 1968) kommen würde: einmal vergemeinschaftete Politikbereiche würden weitere Bereiche nach sich ziehen, einfach aus funktionaler Notwendigkeit. Über kurz oder lang wäre dann auch eine Loyalitätsverschiebung von der nationalstaatlichen auf die europäische Ebene zu erwarten. Die-

se Erwartungen der Neofunktionalisten werden auch heute noch diskutiert (Sandholtz/Zysman 1989, Schmitter 2003).

Gleichzeitig hat sich in den Europawissenschaften eine eigenständige Forschungsdiskussion entwickelt, die „europäischen Vergesellschaftungstendenzen“ nachspürt und die Entstehung einer europäischen Zivilgesellschaft untersucht. Begleitet werden diese empirischen Forschungen von einer normativen Debatte um Potenzial und Gehalt des Begriffes (Kohler-Koch und Quittkat 2011). Dabei steht die Transformation nationalstaatlicher demokratischer Systeme im Zusammenhang des Europäisierungsprozesses im Zentrum des Interesses. Welche Einflussmöglichkeiten haben unterschiedliche Akteursgruppen auf der nationalen und europäischen Ebene, wie sind diese Gruppen in ihren jeweiligen nationalen Gesellschaften konstituiert, und was sind ihre jeweiligen Rollen, bspw. beim „sozialen Dialog“ oder in der Sozialpartnerschaft? Wie nutzen oder erleiden die entsprechenden Akteure die neuen europäischen Opportunitätsstrukturen, und welchen Einfluss haben diese auf die Veränderung der existierenden nationalen Institutionen?

Alle diese Entwicklungen und Veränderungen finden gleichzeitig statt und werden, ausgehend von verschiedenen Standpunkten, Forschungsinteressen und –gebieten, untersucht und analysiert.

Grund genug also, diese „Jubiläumsausgabe“ dem Thema Zivilgesellschaft in Frankreich und Deutschland zu widmen, ohne sich dabei auf das enge Feld der deutsch-französischen Beziehungen zu beschränken. Stattdessen stehen vergleichende Studien im Mittelpunkt, die neuere Entwicklungen in der Forschung zu zivilgesellschaftlichen Interessenvertretungen, zur Rolle zivilgesellschaftlicher Strukturen bei der Entwicklung gesellschaftlichen Zusammenhalts, zu Wirtschaftsverbänden und nicht zuletzt zu Fragen des Konzepts „Zivilgesellschaft“ und seines politischen Nutzens behandeln.

In seiner Konzeptgeschichte skizziert *Jay Rowell* die Entstehung und den Wandel des Begriffes Zivilgesellschaft, ausgehend von seiner ersten Konjunktur in der von Habermas beschriebenen „bürgerlichen Gesellschaft“ des 18. und 19. Jahrhunderts (Habermas 1962). Nach der „Wiederentdeckung“ des Konzepts durch osteuropäische Dissidenten und Intellektuelle in Zeiten des Kalten Krieges erfolgte die jüngste Aneignung des Konzepts durch die Organe und Institutionen der Europäischen Union (EU), insbesondere der Europäischen Kommission. Häufig scheinen gerade die Akteure auf der EU-Ebene des politischen Prozesses im Bezug auf und in der Beschwörung der Zivilgesellschaft ein Allheilmittel gegen Politikverdrossenheit, EU-Skepsis und die gefühlte „große Entfernung“ zwischen Verwaltung und Bürger zu sehen. Im Laufe der Zeit, wie Rowell zeigt, sind dabei jedoch wichtige Eigenschaften und Facetten des Konzepts verloren gegangen oder haben sich in ihr Gegenteil gewandelt: Ging es im 18. Jahrhundert noch sehr stark um die unternehmerischen und wirtschaftlichen Freiheiten des Bürgers, so wird „Zivilgesellschaft“ heute häufig und vor allem in Op-

position zum Sektor der organisierten Wirtschafts- und Verbandsvertreter verstanden. Gleichzeitig waren viele Elemente und Verfahren der repräsentativen Demokratien gerade Antworten auf zivilgesellschaftliche Forderungen gegen den Obrigkeitsstaat, und es mutet paradox an, wenn gegen gerade diese Elemente heute „zivilgesellschaftliche“ Forderungen nach mehr Partizipation in die Debatte gebracht werden, um den politischen Prozess zu beleben und mit neuer Legitimität auszustatten.

Die folgenden drei Beiträge widmen sich in vergleichender Perspektive empirischen Fragestellungen. Dabei zeigt sich in allen drei Fällen, dass der deutsch-französische Systemvergleich nach wie vor ein fruchtbares Forschungsfeld ist, und sich aus allen drei Kapiteln am Ende die Forderung nach mehr und weiterer empirischer Forschung ergibt. Dies gilt umso mehr, wenn – wie im Fall unserer Beiträge – der deutsch-französische Vergleich vor dem Hintergrund und anknüpfungsfähig an europaweite Fragestellungen erfolgt. Die Verknüpfung der Forschungen zum Ländervergleich mit der weiteren Diskussion um Europäisierung und Transformation der europäischen Nationalstaaten erlaubt eine Ausdifferenzierung der Fragestellungen und eine Systematisierung der möglichen Erklärungsangebote weit über die Gegenüberstellung unterschiedlicher nationaler Systeme hinaus.

Im Beitrag *Sonja Zmerlis* geht es um soziales Kapital und soziales Vertrauen in Frankreich und Deutschland. Ausgehend von konzeptionellen Erläuterungen zur Stabilität von Gesellschaften und die Funktionsweise gerade demokratischer Systeme, entwickelt die Autorin ein Modell, wie dieses Vertrauen durch gesellschaftliches Engagement generiert werden kann und untersucht dann mit neuen Umfragedaten die französische und deutsche Gesellschaft. Dabei zeigt sich insbesondere für den französischen Fall die im Frankreichjahrbuch schon mehrfach beschriebene gesellschaftliche Vertrauenskrise, die die Autorin als tieferliegende (jenseits wirtschaftlicher Konjunktur) politische Krise deutet. Die abnehmende Beteiligungsbereitschaft sowohl an Protestformen, als auch an konventionellen Formen der Partizipation am politischen Prozess, kann sehr wohl einen Trend des Rückzugs aus der politischen Sphäre bedeuten, der sich zukünftig noch weiter fortsetzen könnte. Weiterer Verlust an politischem Vertrauen sowie eine Fortdauer der wirtschaftlichen Krise wären Faktoren, die mittelfristig zu einer Systemkrise in Frankreich führen könnten.

Der nächste Beitrag widmet sich dem großen und wichtigen Bereich der wirtschaftlichen Interessenvertretung in Europa. Während die normative Debatte um Zivilgesellschaft zunehmend die Tendenz zeigt, wirtschaftliche Akteure und Fragestellungen nicht nur auszuschließen, sondern sich explizit „gegen die Wirtschaft“ zu konstruieren, ist gerade in Zusammenhang mit der Entstehung von Interessenvertretung auf europäischer Ebene die Rolle von Wirtschaftsverbänden und die Lobbyaktivitäten großer Unternehmen von wichtiger Bedeutung. Der vorliegende Beitrag von *Christine Quittkat* hat die Besonderheit, dass er nicht nur aus einer synchron vergleichenden

Studie (mehrerer europäischer Staaten) hervorgegangen ist, Frankreich demnach nicht als Einzelfall untersucht wird, sondern dass die Arbeit gleichzeitig das Ergebnis eines diachronen Vergleichs über mehr als zehn Jahre darstellt. Nur so lässt sich systematisch untersuchen, welche Veränderungen und Transformationen an den „national“ geprägten Formen der Interessenvertretung von Verbänden und Unternehmen sich unter dem Einfluss der europäischen Integration ergeben haben. Sowohl die Übertragung der bewährten „französischen“ Strategien auf die europäische Ebene, als auch gegenseitige Lernprozesse der verschiedenen nationalen Modelle kann die Autorin zeigen. Gleichzeitig bleibt im Fazit die anhaltende Bedeutung der nationalen Prägungen festzuhalten.

Auch der folgende Beitrag widmet sich einer empirischen Untersuchung. Im Mittelpunkt stehen die Veränderungen an den Sozialversicherungssystemen in Deutschland und Frankreich, insbesondere die Entwicklung der Rolle nicht-staatlicher Akteure. Dabei zeigen *Louise Lartigot-Hervier* und *Patrick Hassenteufel* zunächst, dass die in der heutigen tagespolitischen Debatte wahrgenommenen großen Unterschiede zwischen beiden Systemen – das angeblich reformunfähige und durch eine anhaltende „Krise“ gekennzeichnete französische Sozialversicherungssystem und das angeblich reformierte, dynamische und heute scheinbar effiziente deutsche System der Nach-Schröder-Ära – relativiert werden müssen. Beide Systeme fallen zunächst in die gleiche Kategorie der konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaaten (Esping-Andersen 1990). Und in beiden Systemen zeigt sich in den letzten Jahrzehnten das zunehmende Bemühen der politischen Akteure, die eigentlich verantwortlichen gesellschaftlichen Kräfte in ihren Freiheiten zu beschränken und zu steuern. Dabei stößt die Politik in beiden Gesellschaften auf den Einfluss und die Macht korporatistisch organisierter Akteure und es bleibt jeweils zu fragen, welchen gesellschaftlichen Nutzen beziehungsweise welche Probleme sich aus Reform oder Beibehaltung der etablierten Systeme ergeben.

In einem weiteren Perspektivenwechsel widmen sich die letzten beiden Beiträge des Schwerpunktthemas Erfahrungen bei der praktischen Umsetzung des Paradigmas zivilgesellschaftlicher Partizipation. Aus Sicht der hohen Beamtin beschreibt *Selma Mahfouz* den neuartigen Ansatz, auf den der Thinktank des französischen Premierministers für eine Studie zurückgriff. *France Stratégie*, das alte *commissariat au plan*, hat am 25. Juni 2014 in Paris und einen Tag später bei der Deutschlandpremiere in Ludwigsburg die Ergebnisse der vom Präsidenten in Auftrag gegebenen Studie „Frankreich in zehn Jahren“ vorgestellt. Neben den Ergebnissen ist vor allem auch die Methode interessant: Wie können gesellschaftliche Trends und Herausforderungen über so einen langen Zeitraum prognostiziert werden? Und wie kann die Debatte über diese Herausforderungen strukturiert werden? Der Gefahr, politisch einseitig zu argumentieren, hat sich *France Stratégie* entzogen, indem ein breit angelegter Konsultations- und Feedbackprozess die verschiedensten gesellschaftlichen Kräfte konkret einbezogen und diese Ergebnisse gleichzeitig in den digitalen Raum gespiegelt hat.

Abschließend kehrt der Band zur deutsch-französischen Zivilgesellschaft zurück. Nicht, um deren Akteure und Netzwerke in einem weiteren Beitrag zu beschreiben und zu analysieren. Vielmehr geht es darum, aus Sicht eines Praktikers – des langjährigen Vorsitzenden der *Fédération des Associations Franco-Allemandes* (Verband der deutsch-französischen Gesellschaften) in Frankreich *Hans Herth* – die Frage des Generationenwandels in den deutsch-französischen Beziehungen zu stellen. Als Praktiker schlägt Herth einen konkreten Weg vor, wie sich die deutsch-französische Zivilgesellschaft durch eine digitale Agenda eine weitere gesellschaftliche Dimension erschließen und so neue Aktualität erlangen könnte. Der eingangs formulierte Gedanke aus der Nachkriegszeit, zivilgesellschaftlichen Organisationen neben den offiziellen politischen Vertretern eine Rolle in den bilateralen Beziehungen einzuräumen, wird so weitergedacht: Über ein soziales Netzwerk im Internet könnte der Kontakt zwischen den Bürgern nicht nur direkt und unkompliziert, sondern unabhängig von staatlichen und öffentlichen Einrichtungen stattfinden. Die gesamte skizzierte Debatte über die Definition und die Rolle von Zivilgesellschaft stellt sich damit auch im Fall der deutsch-französischen Beziehungen neu.

## Literatur

- Bock*, Hans-Manfred (2003): „Private Verständigungs-Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich 1949 bis 1964 als gesellschaftliche Entstehungsgrundlage des DFJW“, in: ders. (Hrsg.): *Deutsch-französische Begegnung und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk 1963-2003* (Frankreich-Studien 7), Opladen: Leske und Budrich, S. 13-37.
- Bock*, Hans-Manfred (Hrsg. 1998): *Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg*, Opladen: Leske und Budrich.
- Esping-Andersen* Gøsta (1990): *The three worlds of welfare capitalism*, Princeton: Princeton University Press.
- Haas*, Ernst B. (1968): *The Uniting of Europe*, (2. Aufl.) Stanford: Stanford University Press.
- Habermas*, Jürgen (1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Berlin: Luchterhand.
- Kohler-Koch*, Beate/*Quitkat*, Christine (2011): *Die Entzauberung partizipativer Demokratie. Zur Rolle der Zivilgesellschaft bei der Demokratisierung von EU-Governance*, Frankfurt: Campus.
- Mitrany*, David (1966 [1943]): *A Working Peace System*, Chicago: Quadrangle Books.
- Rovan*, Joseph (1945): „L'Allemagne de nos mérites“, in: *Esprit* 11, S. 529-540.

- 
- Sandholtz, Wayne/Zysman, John* (1989): „1992 – Recasting the European Bargain“, in: *World Politics* 42:1, 95-128.
- Schmitter, Philippe* (2004): „Neo-Neo-Functionalism“, in: Antje Wiener, Thomas Diez (eds.): *European Integration Theory*, Oxford: Oxford University Press, S. 45-73.
- Zauner, Stefan* (1994): *Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945-1949*, München: R. Oldenbourg.

# Eine kritische Diskussion der Schlüsselkonzepte: Zivilgesellschaft, Partizipation und Demokratie<sup>1</sup>

Jay Rowell

Das Konzept der Zivilgesellschaft erlebt derzeit eine spektakuläre Konjunktur, genauer die Wiederkehr einer Konjunktur: Nachdem das Konzept in Mitteleuropa in den 1970er Jahren wiederentdeckt wurde, wird es seit den 1980er Jahren auch in den westlichen Demokratien (und darüber hinaus) in immer weiteren Zusammenhängen benutzt (Keane 1998). Die damit verbundenen semantischen Verschiebungen, zu denen man auch Begriffe wie *governance*, *governing by contract*, Neue Soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), das Interesse an „Sozialkapital“ oder „Vertrauen“ (Putnam 2002) zählen kann, steht für die Entwicklung eines kognitiven Prismas, das bisher jedoch diffus und instabil bleibt. Es entstand, um die Neuverhandlung der Beziehungen zwischen Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Bürgern im nationalen und zunehmend im internationalen oder subnationalen Kontext zu erfassen.

Der Erfolg des Konzepts, aber bis zu einem gewissen Grade auch seine mangelnde Präzision und Ambivalenz, können dabei ohne Zweifel dem Gebrauch, den nicht-staatliche Akteure selbst von dem Begriff „Zivilgesellschaft“ machen, zugeschrieben werden. Das umfasst auch seine Benutzung in vielen gesellschaftlichen Teilbereichen, besonders in den Sozialwissenschaften, im Journalismus, durch engagierte Intellektuelle, aber auch durch Politiker und Verwaltungsakteure der nationalen Ebene, und vielleicht noch wichtiger, durch internationale Organisationen wie die Weltbank oder die EU (de Lassalle und Georgakakis 2012). Man könnte argumentieren, dass die gegenwärtige Konjunktur des Begriffes „Zivilgesellschaft“ zu tun hat mit der Diagnose, dass bisher existente Semantiken zur Erfassung gesellschaftlicher und politischer Institutionen und ihrer Ausgestaltung die heute damit verbundenen sozialen Phänomene nicht mehr akkurat bezeichnen. Entsprechend verschwindet das Vertrauen, dass die „alten“ gesellschaftlichen Institutionen die Beziehung zwischen Individuen, dem Kollektiv und dem Politischen noch akkurat ausdrücken können.

---

1 Die empirischen und theoretischen Grundlagen dieses Beitrags beziehen sich auf Rowell und Zimmermann 2006, Rowell und Zimmermann 2007, Rowell und Saint Gille 2010.

Diese Diagnose ist gut etabliert und kann durch einige Schlüsselworte zusammengefasst werden: Krise des Wohlfahrtsstaats, die nicht nur materiell, sondern auch philosophisch ist; Krise und Niedergang der „alten“ Formen gesellschaftlicher Repräsentation und ihrer Institutionen: Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kirchen, parlamentarische Demokratie, die Familie... die alle als zu unbeweglich, zu wenig repräsentativ, zu korporativ, zu sehr „jenseits“ der schnell sich verändernden Realität gelten; Krise des Nationalstaats und die Entstehung eines über mehrere Ebenen verteilten Governance-Systems (*multilevel governance*); Krise einer zu weit von den Sorgen normaler Bürger entfernten politischen Elite, und ein Niedergang der traditionellen Partizipationsformen im politischen Prozess.

Dies sind alles wohlbekannte Themen, die hier keiner weiteren Erörterung bedürfen. Der entscheidende Punkt ist jedoch, dass die Entstehung der zivilgesellschaftlichen Semantik als analytischem Instrument, um den Raum zwischen der privaten, der wirtschaftlichen und der politischen Sphäre zu beschreiben, nicht nur möglich wurde durch die Erosion anderer Worte und Konzepte, die die gegenwärtigen Veränderungen zu erfassen versuchen. Vielmehr erklärt sich die Entstehung dieser Semantik auch aus der systematischen Gegenüberstellung von „alt“ und „neu“, die den analytischen mit dem normativen Aspekts des Konzepts verbindet; Innovation versus Beharrung und Widerstand gegen Veränderungen; horizontale anstelle vertikaler Beziehungen; Kreativität anstelle von Rigidität; Reaktivität und Geschwindigkeit anstelle von „Langsamkeit“ und Konservativismus; Partizipation versus Delegation; Autonomie und Selbstverwirklichung versus Abhängigkeit und Hierarchie; Auto-Organisation versus Kooptation; und diese Liste ließe sich noch fortschreiben<sup>2</sup>. In anderen Worten haben diese verschiedenen semantischen Register vielfältige Interpretationsmöglichkeiten für ein Konzept eröffnet, das für verschiedene Menschen verschiedene Bedeutungen hat: Zivilgesellschaft wird von gesellschaftlichen (und politischen) Akteuren benutzt, die im Wettbewerb miteinander

---

2 Die unentwerrbare Beziehung zwischen der analytisch und der positiv konnotierten normativen Dimension des Konzepts und die Tatsache, dass die meisten Definitionsversuche nicht damit beginnen zu sagen, was Zivilgesellschaft ist, sondern eher, was sie nicht ist (z.B. nicht-staatliche und nicht-ökonomische Akteure, siehe Habermas) führt zu der problematischen Frage, ob Gruppen, die dieser Definition entsprechen, die sich jedoch auf Werte berufen, die den positiv konnotierten analytischen/normativen Ableitungen des Konzepts nicht entsprechen, von der Definition ein- oder ausgeschlossen werden sollen (bspw. religiöser Fundamentalismus, Stammesorganisationen, *Communities* oder die Mafia). Versuche, die Definition durch Betonung von Kriterien wie „Selbst-Reflexivität“ oder „offene“ Entscheidungsprozesse oder Partizipationsmöglichkeiten zu verfeinern, könnten eine Lösung für dieses Problem sein. Sie riskieren aber eine arbiträre Abgrenzung und bleiben damit problematische ad-hoc-Theoretisierung. Wesentlich erscheint nicht die Existenz einer Typologie oder einer a-priori-Definition dessen, was Zivilgesellschaft ist oder nicht ist, sondern der Prozess, durch den neue soziale Semantiken entstehen, der Raum für historische Zufälligkeiten lässt und zu verstehen erlaubt, wie viele der „alten“ sozialen Institutionen und Organisationen selbst die Semantik der Zivilgesellschaft übernommen haben, um der Erosion ihrer bisher bestehenden Legitimitätsbasis zu begegnen.

stehen. Ebenso aber auch von denen, die ihre Rolle darin sehen, gesellschaftliche und politische Veränderungen sichtbar zu machen und zu analysieren. Ohne soweit zu gehen, dem verschiedenartigen Gebrauch des Konzepts eine performative Funktion zuzuschreiben, bleibt doch festzuhalten, dass die Ersetzung „alter“ durch „neue“ Semantiken keine neutrale Operation darstellt<sup>3</sup>. Vielmehr hat diese Operation die Neugestaltung der Art und Weise, wie wir über das Verhältnis und die Beziehung zwischen Privatem und Öffentlichem denken, begleitet und vielleicht sogar beschleunigt.

Die Zuflucht zur Zivilgesellschaft bietet also normative Ressourcen und Prozeduren an, die Versprechungen individueller Freiheiten auszudehnen und das Soziale wieder in einen politischen Zusammenhang einzubetten. Zusammengefasst werden zivilgesellschaftliche Logiken und Mechanismen als wesentlich dafür angesehen, die wachsenden Schwächen repräsentativer Demokratie zu kompensieren und so sowohl der Demokratie ihren Zauber zurückzugeben, als auch politische Partizipation zu begünstigen.

Um die genannten Punkte zu diskutieren, werde ich zunächst kurz die Geschichte (Kocka 2004) eines Konzepts (unter mehreren anderen) untersuchen, das versucht, die Beziehungen zwischen dem Individuellen, dem Gesellschaftlichen und dem Politischen zu erfassen. Dabei werde ich zeigen, dass dieses Konzept, wie es in den 1980ern wieder erfunden wurde, eine radikale Kritik an der „organisierten Moderne“ (Wagner 2008) und ihren repräsentativen Institutionen mit ihrer auf dem Mehrheitsprinzip basierenden Legitimität ausdrückte. Im zweiten Teil werde ich dann herausarbeiten, wie die Mobilisierung von zivilgesellschaftlichen Grammatiken und Prozeduren, welche eigentlich als Re-Legitimierung existierender politischer Strukturen gedacht war, letztendlich gewisse Risiken und Paradoxien beinhalten könnte, die am Ende die Strukturen repräsentativer Demokratie und ihre zugrunde liegenden sozialen Institutionen sogar schwächen könnten.

## 1. Die Wiedererfindung der Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaft, wie sie im 18. Jahrhundert theoretisiert worden war, bezeichnete einen Raum des Austausches zwischen der politischen und der privaten Sphäre im Rahmen eines Systems, das sich als Alternative zu den absolutistischen Monarchien sah. Die Erfindung dieses intermediären Raumes zwischen dem Individuum und der politischen Macht war als ein notwendiges Bollwerk zum Schutz individueller

---

3 Wie der mitteleuropäische Gebrauch des Konzepts der Zivilgesellschaft in den 1970er und 1980er Jahren zeigt, enthält der Signifikant „Zivilgesellschaft“ ein machtvolles normatives und praktisches Potenzial, um andere gesellschaftliche Grammatiken zu zerrütten und echte Auswirkungen auf der Ebene des Signifikats (des Bezeichneten) zu erzeugen.

Freiheiten, bspw. der Unternehmerfreiheit oder der Freiheit der Meinungsäußerung, erdacht worden. Das Konzept vermittelte die utopische Idee einer befriedeten Gesellschaftswelt, die auf zwei Pfeilern ruhte: Konfliktregulierung durch die friedliche Konfrontation rationaler Argumente im öffentlichen Raum einerseits (Habermas 1962); die Befriedung individueller Leidenschaften durch die Erleichterung individuellen Strebens nach wirtschaftlichem Gewinn andererseits (Hirschman 2001). Die Strukturierung des intermediären Zwischenraums liegt in der Verantwortung der Individuen, die ihre sozialen Beziehungen unabhängig von staatlichem Eingriff organisieren. Das Konzept theoretisierte dadurch also eine vom Staat unabhängige Existenz von Gesellschaft und Individuen. Im Zentrum dieser Behauptung eines autonomen Bereichs gesellschaftlichen Austauschs standen wirtschaftliche Freiheiten und der rationale Ausdruck pluraler Interessen. Mit dem Aufstieg des Wirtschaftsbürgertums im 18. und 19. Jahrhundert in Europa wurde Zivilgesellschaft bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zum vorherrschenden Ansatz, um Beziehungen zwischen Individuum, Politik und Wirtschaft zu konzeptualisieren (Keane 1998: 31ff.).

Allerdings schufen ab Mitte des 19. Jahrhunderts eine Reihe radikaler Transformationsprozesse, wie die wachsende Verbreitung des allgemeinen Wahlrechts für Männer, die zunehmende Anzahl lohnabhängiger Beschäftigungsverhältnisse, Urbanisierung und technische Revolutionen in Handel, Kommunikation und im Verkehrswesen eine Sinn- und Verständniskrise, die die Entwicklung der modernen Sozialwissenschaften nach sich zog (Colliot-Thélène und Kervégan 2002). Damit entstanden neuartige Vorstellungen über die Beziehung zwischen Individuen und gesellschaftlichen oder politischen Kollektiven (Polanyi 1983), die zur fortschreitenden Marginalisierung von Bürgerlicher, Bürger- oder Zivilgesellschaft führten. Diese Sinn- und Verständniskrise und die neuartigen Vorstellungen von kollektiven Interessen und Identitäten wurden in Europa als Probleme nationaler und sozialer Integration neu verhandelt (Heilbron 1995). Sie führte zu neuen Formen staatlicher Intervention sowie zur Schaffung gesellschaftlicher Einrichtungen, welche die Stabilisierung kollektiver Identitäten anstrebten (Gewerkschaften, politische Parteien, Genossenschaften, Kooperativen...) (Wagner 2001). Das Konzept der „Zivilgesellschaft“ wurde von den Konzepten „Gesellschaft“ und „gesellschaftliche Ordnung“ in den Schatten gestellt, während (in Peter Wagners Terminologie) die „liberale Moderne“ durch die „organisierte Moderne“ ersetzt wurde. Die Geschichte der „organisierten Moderne“ ist die Geschichte der fortschreitenden Konsolidierung des Nationalstaates als politischer Struktur und organisatorischem Rahmen einer Gesellschaft, deren Grenzen zunehmend mit den Grenzen des Nationalstaats zusammenfallen.

In Deutschland war das Kaiserreich der Schlüsselmoment dieser Entwicklung. Angesichts der gleichzeitigen Prozesse nationaler Vereinigung und industrieller und kapitalistisch-ökonomischer Entwicklung zeichnete sich das späte 19. Jahrhundert durch

die Suche nach neuen Möglichkeiten aus, das Staatsgebiet und das Handeln der öffentlichen Hand zu strukturieren. Dies geschah unter dem Eindruck der Herausforderungen, die von den neuen geographischen und wirtschaftlichen Realitäten ausgingen. Eines der Hauptprobleme betraf dabei die Frage, wie neuartige Beziehungen zwischen dem Individuum und dem Kollektiv etabliert werden konnten. Dies wurde kritisch in einer Situation, in der die hohe Geschwindigkeit des wirtschaftlichen und demografischen Wandels die bisher etablierten gesellschaftlichen Beziehungen, insbesondere die auf Kaufmannsverbänden und Zunftwesen basierende soziale Landschaft in Frage stellten. Das Problem der Integration der Arbeiterklasse sowie das Problem des Zugangs zur politischen Sphäre für die frisch emanzipierten Wähler wurde durch die politische Organisierung der Arbeiterbewegung ein Risiko für die etablierte politische Ordnung. Die Vereinsbewegung und weitere gesellschaftliche Formen der Auto-Organisation waren außerordentlich lebhaft und vielfältig (Nipperdey 1983), aber da diese Einrichtungen keinen signifikanten Zugang zu den politischen Instanzen, insbesondere nicht zum neu geschaffenen Zentralstaat, gewinnen konnten, wurde die Frage der Rolle der Vereine in ihrer Verbindung zu den staatlichen Strukturen problematisiert. Obwohl das Konzept der „Zivilgesellschaft“ als solches nicht benutzt wurde, kam es doch zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Befürwortern staatlicher Intervention zur Lösung der „sozialen Frage“ einerseits und denjenigen, die im Gegenteil auf gesellschaftliche Selbsthilfegruppen auf verschiedenen Ebenen setzten. Die Begrifflichkeiten der Debatte unterschieden deshalb zwischen *Staatshilfe*, das von den Konservativen bevorzugte Programm, und *Selbsthilfe*, welche von den Liberalen und bestimmten Gruppierungen innerhalb der Arbeiterbewegung (Kooperativen und Genossenschaften) vertreten wurde. Diese Debatte wurde selbst jedoch wieder gerahmt durch ein übergeordnetes Thema, die Definition der Grenzen zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, zu dieser Zeit instabile Kriterien, die sich an dieser historischen Weggabelung herausbildeten. Die Fragen, die sich um die Abgrenzung zwischen diesen unterschiedlichen Sphären herauskristallisierten, waren ihrerseits um das Problem herum strukturiert, wie groß der Grad an Autonomie des Politischen sein sollte: entweder als eine übergeordnete Struktur, die der Gesellschaft „extern“ war, oder als Teil des gesellschaftlichen Handelns, mit dieser organisch verbunden, „gerüstet“ mit Hebeln, die die als „soziale Fragen“ konstruierten Probleme lösen konnten. Das Kaiserreich kann deshalb als ein zweigleisiger Prozess charakterisiert werden: Einerseits als ein Prozess, in dem die soziale Welt als kollektiver Raum eingerichtet wurde, der durch öffentliches Handeln reguliert wurde; andererseits als eine Situation, in der über die Schaffung einer politischen Sphäre die Möglichkeit geschaffen wird, in gesellschaftlichen Konflikten zu vermitteln.

Es ist nun genau dieser doppelte Charakter, der heute durch die Zivilgesellschafts-Semantik teilweise wieder in Frage gestellt wird. In der gegenwärtigen Neu-Verhandlung der kollektiven Identitäten und Mechanismen der politischen Vertretung gesell-

schaftlicher Interessen wird das „Soziale“ implizit im Widerspruch konstruiert zum „Zivilgesellschaftlichen“, so zum Beispiel in der gegenwärtigen Wohlfahrtsstaatskritik in Deutschland<sup>4</sup>.

Die Geschichte des „Sozialen“ kann auch erzählt werden als ein Ende des 19. Jahrhunderts beginnender Prozess der Homogenisierung individueller Identitätswürfe, und damit einhergehend politischer und wirtschaftlicher Praktiken, um die zentralen Ordnungsprinzipien von „sozialer Klasse“ und „Nationalstaat“ herum. Und schließlich ist diese Geschichte auch charakterisiert durch eine zunehmende Standardisierung und Normierung, die die Reduzierung von Unsicherheit beabsichtigte (für den Lohnempfänger durch sozialstaatliche Einrichtungen, für gesellschaftliche und politische Akteure durch die Berechenbarkeit, die sich aus institutionalisierten Orten des politischen Handelns ergibt), dabei aber gleichzeitig die Vielfalt möglicher gesellschaftlicher Handlungs- und Interpretationsmöglichkeiten reduzierte. Die derzeitige Diagnose einer Krise dieses Modells, die wir in der Einleitung skizziert haben, ist deshalb nichts anderes als eine Krise der spezifischen Art gesellschaftlicher Organisation, welche auf den Prinzipien von sozialer Klasse und Nation basierte. Eine ganze Reihe gegenwärtiger Transformationen kann verbunden werden mit der Erosion dieser beiden konstitutiven gesellschaftlichen Organisationsprinzipien. Über die Erosion der Legitimität gesellschaftlicher Einrichtungen, Konventionen und der institutionellen Ordnung hinaus, welche die „organisierte Modernität“ ausmachten, üben sie einen Dominoeffekt auf die Grundlagen kollektiver Identität aus. Der moderne Nationalstaat wurde zwischen 1850 und 1970 geschaffen als Instanz des Ausgleichs zwischen heterogenen und oft konträren politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Interessen. Seit den 1970er Jahren, angesichts der zunehmenden Internationalisierung von Handelsströmen und der wachsenden geografischen Entflechtung zwischen Produktionsstätten und materiellen und intellektuellen Güterströmen, zeigt sich die zunehmende Unfähigkeit des Nationalstaats, diese konträren Interessen zu organisieren und zu versöhnen. Das Konzept der Zivilgesellschaft könnte in diesem Zusammenhang in der Tat auf fruchtbaren Boden fallen, es wurde aber bereits von den politischen Dissidenten in Osteuropa in den 1970er Jahren vereinnahmt und als kritisches Instrument zur Befreiung von diktatorischer Herrschaft aufgegriffen.

Als Folge der fehlgeschlagenen inneren Reformen der staatssozialistischen Systeme in den 1960er Jahren und einer zunehmenden internen Stagnation arbeiteten kritische Intellektuelle in Polen und der Tschechoslowakei an einer Wiederentdeckung des

---

4 Der Verfasser unterscheidet hier und an anderen Stellen im Englischen zwischen „social“ und „civil“ oder „civic“, was sich so nicht ins Deutsche übertragen lässt, da hier nur ein Wort (Bürger/bürgerlich) zur Verfügung steht, um sowohl die wirtschaftliche, wie gesellschaftliche und (staats-)bürgerliche Dimension menschlicher Existenz im Kollektiv auszudrücken (Anm. d. Übers.).

Konzepts der Zivilgesellschaft, um individuelle Rechte und einen autonomen Raum gesellschaftlicher Organisation einzufordern und so das Monopol politischer Kontrolle der kommunistischen Parteien anzufechten. Das Konzept wurde also benutzt als ein kritischer Hebel in Richtung des Staates und seiner bürokratischen Übergewichte. Gleichzeitig wurde die wirtschaftliche Facette des Begriffs, die für das Verständnis von Zivilgesellschaft im 18. und 19. Jahrhundert zentral war, nicht mehr betont. Dies könnte erklären warum, nach einer erneuten Migration des Begriffs in die westlichen Demokratien, Zivilgesellschaft als doppelte Opposition definiert wird, gegen den Staat und den wirtschaftlichen Sektor.

Das Konzept „migrierte“ also nach Westeuropa, wo es als Kritik an der überbordenden staatlichen Bürokratie genutzt wurde. Der Vorteil des Konzepts lag dabei darin, dass es sowohl von konservativen Kräften vereinnahmt werden konnte, die darauf zielten, den Staat abzubauen, um Individualismus und wirtschaftliche Liberalisierung voranzutreiben, als auch von der reformerischen Linken, die die Grammatik der Zivilgesellschaft mobilisierte als eine Kritik an der Bürokratisierung aller Lebensbereiche, wodurch individuelle Initiativen behindert, die Gesellschaft entpolitisiert und eine allgemeine Passivität geschaffen würden, die zu einem Mangel an gesellschaftlichem Engagement führten. Im Gegensatz zu den Wirtschaftsliberalen wurde das Konzept links der Mitte so verstanden: Die Schaffung eines gesellschaftlichen Raumes, der sowohl vor staatlichen Zugriffen, wie vor dem Übergriff von Marktmechanismen in alle Lebensbereiche geschützt und so gewissermaßen eine exzessive kapitalistische Entwicklung kompensieren sollte.

Der Zusammenfluss der normativen und der analytischen Dimension zivilgesellschaftlicher Diskurse enthält ein subversives Potenzial, das in Osteuropa in den 1980er Jahren fassbar wurde, als es eine radikale Alternative zum staatssozialistischen Projekt anbot. Als das Konzept auf die westlichen Demokratien angewandt wurde, zielte seine kritische Stoßrichtung darauf ab, die Politikverdrossenheit zu bekämpfen und politische Partizipation zu erneuern und auszuweiten. Die wichtigste praktische Konsequenz liegt deshalb in der Förderung deliberativer und partizipativer Formen der Teilhabe jenseits existierender repräsentativer Strukturen. Im Gegensatz zum ursprünglichen Verständnis des Begriffes schließen zivilgesellschaftliche Prozeduren hier Wirtschaftsakteure aus, mit der bemerkenswerten Ausnahme der Europäischen Union (EU), die ein umfassendes Verständnis von Interessenvertretern hat, welche in policy-Debatten zu integrieren sind. Ausgenommen in der EU, herrscht eine nicht-staatliche, nicht-ökonomische Definition des Konzepts, die konsequenterweise Unternehmerverbände und Wirtschaftslobbyisten, Gewerkschaften und politische Clubs oder Parteien ausschließt oder versucht, Gegengewichte dazu zu bilden (Offerlé 2003). Institutionelle Konstellationen, die gesellschaftliche Gruppen und Interessen durch die institutionalisierende Rolle des Staates zu stabilisieren suchen, werden entsprechend radikal in Frage gestellt.

## 2. Risiken und Ambivalenzen zivilgesellschaftlicher Praktiken und Normen

Diese Neuordnung der Beziehungen zwischen Individuen, kollektiven Identitäten und Politik durch „Zivilgesellschaft“ und die damit verbundenen Begriffe (*Governance*, deliberative Demokratie, *Stakeholder*-Prinzip, Partizipation, Selbstorganisation, etc...) wird gemeinhin als Mittel präsentiert, um Regierung durch Partizipation zu verbessern, größeren Pluralismus zu gewährleisten und gesellschaftliche Gruppen zu stärken, die von auf Mehrheitsprinzip basierenden Institutionen ausgeschlossen würden.

Die Legitimität deliberativer Institutionen basiert auf dem Prinzip, alle möglichen Meinungen und alle Interessenvertreter in einen Prozess einzuschließen, an dem jeder Teilnehmer durch den rationalen Austausch von Argumenten teilhaben kann und der auf das Ergebnis eines breiten Konsenses zielt. Obwohl es Versuche gegeben hat, solche Institutionen zu formalisieren und zu verregeln (Politix 2007, und in völlig anderem Zusammenhang Europäische Kommission 2001), hängt ihr Erfolg doch von der ständigen Mobilisierung der Bürger ab und gerade nicht von der Existenz materieller oder symbolischer Gegenleistungen, die in repräsentativen Organisationen das Interesse und Engagement der Beteiligten gewährleisten. Im Prinzip können alle Mitglieder der Gesellschaft an einem Deliberationsprozess partizipieren und Diskussion und Kommunikation sind die ausschließlichen Teilhabeformen zwischen formal gleichen Partnern. Man kann also sagen, dass Zivilgesellschaft eine Umgestaltung des Zugangs zum politischen Entscheidungsprozess bedeutet, indem sie die Rolle von Institutionen als „Flaschenhals“, die den Zugang regulieren, marginalisiert. Außerdem verflüssigt sie die bereits existierenden gesellschaftlichen und politischen Kategorien und Einrichtungen und die demokratische Öffentlichkeit wird geöffnet für die Deliberation über neue Themen in neuen Foren. Wenn man sich jedoch den Resultaten zuwendet, so könnte man argumentieren, dass die zunehmende Verbreitung der für zivilgesellschaftliches Engagement charakteristischen Prozeduren die gesellschaftliche Basis und die Verfahren der auf Mehrheitslogik beruhenden repräsentativen Institutionen (Wahlen, Parlamentsdebatten und -abstimmungen, kollektive Mobilisierung) durch „repräsentative“ ökonomische oder gesellschaftliche Institutionen, Demonstrationen, etc. weiter schwächt. Gleichzeitig gelingt es diesen „zivilgesellschaftlichen“ Verfahren jedoch nicht, neue kollektive Kategorien zu produzieren, die stabil und solide genug wären, um als Fundament öffentliches Handeln zu untermauern.

In politischen Räumen mit nur schwach ausgebildeten repräsentativen und auf dem Mehrheitsprinzip beruhenden Institutionen, wie etwa in der EU oder in supranationalen Organisationen, haben die Versuche, das „demokratische Defizit“ zu überwinden, zu Bemühungen geführt, die Zivilgesellschaft zu einem hohen Grad einzubeziehen. Wie gut die Absichten hinter diesen Reformen auch gewesen sein mögen, haben sie in der Praxis jedoch vor allem zur Institutionalisierung von Interessengruppen geführt mit